

Auswahl Leser:innen-Kommentare

zum Artikel *In Gesundheitswesen leisten wir uns zu viel Luxus* (Der Bund, 27.9.2023, S. 11)

anonymisiert

1. T. B.

26.09.2023

Macht endlich mal eine Einheitskasse für die Grundversicherung da könnte man Millionen einsparen aber nein dazu sind wir nicht willig. Also kein Wunder das es immer mehr kostet.

1.1 m. w

26.09.2023

@T. B.

Ich würde sagen Milliarden....

1.2 J. W.

26.09.2023

@m. w

Bitte Studie veröffentlichen, mit welcher nachgewiesen wird, dass eine Einheitskasse Milliarden einsparen würde.

2. R.

26.09.2023

Da gibt es nur eines nachzuschieben

Das Gesundheitswesen ist Bundessache, wie Zoll, Verteidigung, Aussenpolitik

Fertig mit Föderalismus und Kantönligeist

2.1 M. B.

26.09.2023

@R.

La Suisse n'existe pas.

Es gibt Kantone, Städte, Gemeinden, alle mit Eigeninteressen. Die Schweiz existiert hier nicht wirklich. Da kann der Herr Bundesrat wohl wirklich nicht viel dafür. Er hat schlicht kaum was zu melden.

Weil aber am Schluss Herr und Frau Schweizer massiv darunter leiden, sollte man das Thema wohl mit allen Konsequenzen ganz oben ansiedeln. Das verträgt sich aber schlecht mit dem Föderalismus.

Andererseits sind die hohen Prämien für den unteren Mittelstand eine Zwangssteuer, die jedem demokratischen modernen Land spottet. Denn Steuern bezahlen die schon, und dafür gibts Spielregeln (Verhältnismässigkeit, Leistungsprinzip).

Es wäre auch im Interesse der wirtschaftlich Stärkeren, diese zunehmende Ungleichheit anzugehen. Man stelle sich vor, ein grosser Teil der Bevölkerung befindet, dass das eigene Land ungerecht ist.

3. N. R.

26.09.2023

Hier wird ohne weiteren Beleg keck behauptet, eine zentrale, profitfreie Krankenkasse, welche die teils nur auf Rendite (Vorgaben an Ärzte!) und das Einkassieren der unsinnigen »Fallpauschalen« ausgerichteten »Anbieter« auch wirksam kontrollieren könnte, »ginge zu weit«. Das ist falsch: Wer so argumentiert müsste sofort die Privatisierung der äusserst kostengünstigen und bestens funktionierenden Suva fordern. Oder die Privatisierung total effizienter, kantonaler »non-profit« Gebäudeversicherungen. Nein: Das Problem liegt grundsätzlich in den (freisinnigen) Privatisierungen der Krankenhäuser und - Kassen. Der auch da nun wieder beschworene »Markt« hat ja längst gezeigt, dass er im Gesundheitswesen total versagt. Darum ja zur zentralen Krankenkasse. Statt mit der permanent steigenden Prämie weiterhin unzählige (teils leistungsfreie) CEOs, Verwaltungsräte und AktionärInnen zu füttern.

3.1 L. D.

26.09.2023

@N. R.

Sie sind nicht der Einzige, der Birnen mit Äpfeln vergleicht. Die »kostengünstige und bestens funktionierende Suva« versichert nur rund die Hälfte der Erwerbstätigen (rund 2 Millionen) und hat sie aber nicht als Kunden. Die Kunden der Suva sind die Unternehmen: rund 130'000. 2022 meldeten die Suva-Versicherten keine 500'000 Unfälle. Die übrigen Erwerbstätigen und die Nichterwerbstätigen müssen sich bei einem der 21 anerkannten Unfallversicherer versichern.

Die Krankenkassen haben es aber jedes Jahr mit rund 8 Millionen Krankheitsfällen zu tun, die rund 1,3 Millionen Spitaleinweisungen zur Folge haben. Quelle: »Statistik der obligatorischen Krankenversicherung, Ausgabe 2021«.

Die kantonalen Gebäudeversicherungen können fast jedes Jahr die Prämien senken, weil sie wenige Schadenfälle zu bearbeiten haben.

3.2 N. R.

26.09.2023

@L. D.

Zur Verteidigung Ihrer Privat- und Profit-Versicherungen (und -Spitäler) bringen Sie kein einziges Argument. Dass sich »die übrigen« bei den privaten Versicherern versicher »müssen«, ist zudem auch so eine freisinnige Lumperei. Als ich mich zu Ende meines Berufslebens noch selbständig machte, und bei der Suva versichert bleiben wollte, ging das nicht. Ich musste ich bei einem Privaten eine »Zwangsversicherung« abschliessen. Wenn das liberal sein soll, weiss ich nichts mehr. Ausser dies ganz sicher: Die privaten Krankenkassen und ihre (bezahlten) HelfershelferInnen in den Räten werden im Abstimmungskampf Millionen (von ihren Profiten aus unseren Prämien) in ihre Kampagne gegen eine profitfreie Schweizer Kranken-VA buttern – um ihre Pfründen zu verteidigen.

4. A. M.

26.09.2023

Die Pharma- und Medizingeräteindustrie wurde etwas vergessen, aber wir haben alle Freude, wenn deren Aktien steigen.

5. R. K.

26.09.2023

Ein guter Beitrag, der die Kostentreiber nennt, wo man den Hebel ansetzen könnte. Nur braucht es dafür keine Visionen, sondern endlich Mut und Bereitschaft zum sofortigen Handeln. Aber dass unsere Regierung dazu nicht fähig ist, wissen wir auch aus anderen Problembereichen und unzähligen Baustellen.

5.1 M. O.

26.09.2023

@R. K.

Dann versuchen Sie doch einmal ein Spital zu schliessen oder den Patienten beizubringen, dass gesünder zu leben und nicht wegen jedem Bobo zum Arzt zu gehen Kosten senken würde.

6. O. S.

26.09.2023

Tja, alle »Assets« stiegen in den letzten 15 Jahren massiv.

Gold, Aktien, Immobilien, etc.

Dank der Geldausweitung alles massiv gestiegen.

Dass sich das auch aufs Gesundheitswesen durch schlägt, ist klar und nur deshalb ein Problem, weil die Löhne nicht mit der massiven Assetpreis-inflation der letzten 15 Jahre mithalten.

7. F. A.

26.09.2023

Ein freundlicher Artikel zu einer seit langem überaus unfreundlichen Angelegenheit. Das zeigt sich am Beispiel des Abschnittes zur Einheitskasse: die Behauptung, es brauche Wettbewerb unter Kassen, um diese leistungsfähig zu machen, wird unbegründet in den Raum gestellt; ist doch nicht ersichtlich, worin denn ein KK-Wettbewerb angesichts der gesetzlich definierten Prämien und Leistungskataloge bestehen soll. Mir ist bewusst, dass es über das gesetzlich vorgeschriebene hinaus weitere Leistungen gibt (wie Privatversicherung usw.), welche den Kassen Gewinn bescheren, aber dies geschieht auf dem Boden der gesetzlichen Regelungen.

Zudem finde ich es zwar anschaulich, wenn man die Gehälter der KK-Chef:innen kritisch befragt, aber der Nutzen ist in der Gesamtschau fast unerheblich. Viel dramatischer sind die Entlohnungen der diversen KK-Lobbyisten, die vom Wahlvolk gewählt werden - das ist verwunderlich, haben sie doch offenkundig nichts zur nötigen Transformation beigetragen, sondern verhindern diese konsequent. Hier haben es alle Wählenden in der Hand, Abhilfe zu schaffen.

8. D. N. E.

26.09.2023

Die Kosten sind kein Kollateralschaden, sondern ein Kollateralnutzen.

Fragen Sie Ärztinnen, Versicherungen, Pharmaunternehmen.

Der Inhalt im Artikel zeigt billige Nebenschauplätze.

9. E.

26.09.2023

Zum Glück ist Frau Birrer nicht für die Politik verantwortlich. Da werden populistische Schlagwörter an Schlagwörter gereiht, deren Effizienz mehr als fragwürdig und das wie Umsetzen in den Sternen steht.

Hier ein kleines Beispiel aus dem Alltag:

Die Spitex Zuständige meiner Mutter hat mir gestern mitgeteilt, dass ab sofort das 4 Augen Prinzip beim Medikamenten Rüsten eingeführt wird.

Zu sagen ist, dass meine Mutter keine Problematischen Medikamente braucht.

Gut?

Bringt das etwas?

Was es sicher bringt, ist eine Verteuerung derselben Leistung.

Aha, dass ist aber wichtig, werden viele einwerfen!

Jetzt könnten wir zum Anfang des Kommentars zurück, und Frau Birrer fragen, ob es das braucht oder nicht!

10. R. D.

26.09.2023

Ein wesentlicher Punkt fehlt noch: Die Medikamentenpreise. Es ist schlicht skandalös, dass diese in der Schweiz massiv teurer sind als im benachbarten Ausland; erst recht gilt dies für Generika.

Aber ich habe den Glauben verloren, dass unsere Volksvertreter daran etwas ändern werden. Oder hätte ich anstatt Volksvertreter vielleicht besser Pharmavertreter schreiben sollen?

11. C. L.

26.09.2023

Und bitte das Bezahlen von Hokuspokus wie Homöopathie abschaffen.

11.1 B. S.

26.09.2023

@C. L.

Warum? Auch wenn Sie nichts davon halten, anderen hilft es. Denke wir können davon ausgehen, die Homöopathie ist nicht der Kostentreiber.

11.2 M. K.

26.09.2023

@B. S.

es sind zuckerkügelchen, die man selber machen kann. man hatte damals die homöopathie in die grundversicherung genommen und dafür die fünf jährliche beteiligung für brillengläser gestrichen. deshalb für mich ganz klar raus mit der homöopathie. die hätte ohnehin niemals da reingehört.

12. M. K.

26.09.2023

»Die Schweiz sollte sich zudem hüten, neben dem neuen Bankenriesen UBS einen weiteren überdimensionierten Koloss mit entsprechenden Risiken zu bauen.« also ich nehme die suva nicht wie ein überdimensionierter koloss wahr. die krankenkasse wie die suva gestalten? das könnte man sich doch auch einmal überlegen.

alles, was frau birrer hier veröffentlicht hat, unterstehen ökonomischen prinzipien - austerität ist immer zuungunsten der patienten. da gibt es nur eines: entökonomisiert das gesundheitsUNwesen.

13. I. H.

26.09.2023

Die Autorin hat keine Ahnung von den wahren Ursachen der Kostensteigerung. Ein Beispiel: die von ihr bemängelte »Verweigerung« von digitalen Methoden älterer Hausärzte ist in Tat und Wahrheit ein KOSTENDÄMPFENDER Faktor. Aber das begreifen Leute nicht, die von aussen kommentieren und ratschlagen. Wenn man komplexe Systeme mit sozialistisch-planwirtschaftlichen Methoden zu steuern beginnt, endet es immer im Desaster. Die Dreifuss Revision hat uns eine solche, unausgegorene Planwirtschaft mit einer Pflichtversicherung und einem Gratisvollkasko-Selbstbedienungsladen beschert und wir werden nun den bitteren Weg whs bis zum Ende gehen. Eine Lösung wird sich erst abzeichnen, wenn eine Schattenmedizin entsteht und sich zeigen wird, dass diese viel günstiger und effizienter operiert als die staatlich bis zum Geht-nicht-mehr kontrollierte Zentralmedizin.

14. P. W.

26.09.2023

auch wenn die Kosten explodieren. Trotz allem Danke bei all den Helfern in Spitälern. Das wird immer wieder vergessen. Es würde dem Berset gut tun einmal dort zu schauen und nicht Jöbli al VR zu suchen

15. P. v. L.

26.09.2023

Seit 2012 ist SP Bundesrat Berset dafür zuständig. Seit 2012 sind die Krankenkassenprämien explodiert.

Hier hat der SP Bundesrat wirklich eine ausgezeichnete Arbeit geleistet und bekommt von vielen Medien auch noch Applaus, wenn er Bilder seiner Luxusreisen oder dem Streetparadebesuch veröffentlicht, währenddem der Durchschnittsbürger die Kosten kaum mehr bezahlen kann. Ein Bundesrat für seine Wähler könnte man meinen, wenn man die Berichtserstattung über Berset hier liest oder auf SRF hört und sieht.

Das er aber der seit mehr als 10 Jahren der höchste Verantwortliche Politiker für steigende Krankenkassenkosten ist, wird nie kritisiert.

Gleichzeitig macht die SP Wahlwerbung für niedrigere KK Prämien obwohl es Ihr eigener SP Bundesrat ist, welcher hier als oberster Verantwortlicher für die hohen Prämien zu kritisieren wäre.

Da bin ich gespannt, wer den SP Bundesrat Berset ersetzen wird. Leider wird es aber genau gleich weiter gehen solange die Medien Ihren Auftrag nicht wahrnehmen und die Verantwortlichen kritisieren. In diesem Fall seit 2012: SP Bundesrat Berset.

15.1 E. K.

26.09.2023

@P. v. L.

Wo wird die Politik gemacht, die wir jetzt alle auszubaden haben?

Im bürgerlich dominierten Parlament mit ihren Lobbyisten der Pharma, Krankenkassen und Aerzteschaft. Wer sitzt in den Verwaltungsräten der KK, Pharmafirmen ? Die selben Leute.

Das Bundesamt von Berset muss wohl oder übel deren hundsmiserablen Entscheide umsetzen. Vorschläge zur Kostensenkung werden jeweils abgelehnt oder derart verwässert, dass sie wirkungslos sind.

Das Problem in diesem Land sind SVP und ihre Junior Partei, die FdP.

16. H. P. R.

26.09.2023

Kantone abschaffen und durch Verwaltungsbezirke mit einheitlichen Standards ersetzen, Gemeinden auf das wesentliche reduzieren, staatliche Grundversicherung durch Bund garantieren. Durch den Wegfall von Verwaltungsebenen kosten sparen, zudem kann der Bund als Verhandlungspartner ggü Pharma anders agieren. Staatliche Pflicht für Versicherung bei Privaten mit stetig steigenden Kosten ist inakzeptabel und ein marktwirtschaftliches Ungetier

16.1 P. H.

26.09.2023

@H. P. R.

Funktioniert ja in anderen Ländern wie Frankreich so super!!!

Als die Kantone noch für das Gesundheitswesen zuständig waren, waren die medizinischen Leistungen top und die Prämien tief.

17. C. S.

26.09.2023

Endlich den KK-Zwang abschaffen, dann sinken die Prämien - weil dann der Selbstbedienungsladen geschlossen ist. Man überlegt sich dann viel genauer, ob man zum Arzt muss oder ob man evtl. Auch mal 2 Tage mit einer Magenverstimmung oder Kopfschmerzen leben kann.

17.1 R. S.

26.09.2023

@C. S.

super idee! und falls jemand eine schwere krankheit befällt, dann ist man tod oder obdachlos...

dass ein gewisser milliardär gleich viel prämie bezahlt wie eine coop-angestellte, ist ihnen wohl nicht aufgefallen... vermutlich finden sie es noch ok..

17.2 D.

26.09.2023

@C. S.

Völliger Trugschluss. Jeder wird irgendwann krank, und wenn man schwer krank wird, kann man es nicht mehr selber bezahlen. Wissen Sie, wieviel ein Herzinfarkt kostet, eine Krebserkrankung? Solche Risiken können gar nicht selber bezahlt werden.

Die Folge eines Verzichts auf KK-Zwang wäre, dass die Jungen, geringen Risiken sich nicht mehr versichern würden, erst wenn sie alt werden. Das führt neben der Entsolidarisierung zu massiven Prämien-Mindereinnahmen.

17.3 P. G.

26.09.2023

@C. S.

Ihr Vorschlag heisst im Endeffekt, wer kein Geld hat, halt eben auch an heilbaren Krankheiten stirbt. Denn ich nehme ja nicht an, dass Leute, die solche Ideen haben, dann dafür sind, dass der Staat in solchen Fällen die Kosten trägt.